P. Übersicht Renten

1	Allgemeines zur Rentendiskussion	1
2	Erfüllung der Wartezeit	2
3	Renten wegen Erwerbsminderungen	3
3.1	Gesetzliche Grundlagen aus dem SGB VI	3
3.2	Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung	4
3.3	Rente wegen voller Erwerbsminderung	4
3.4	Höhe der Erwerbsminderungsrenten	4
3.5	Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit	7
3.6	Überblick Erwerbsminderungsrenten	7
4	Altersrente für Schwerbehinderte	8
4.1	Gesetzliche Grundlagen	8
4.2	Altersrente für schwerbehinderte Menschen	9
4.3	Die Flexirente für schwerbehinderte Menschen	9
4.3.1	Grundlagen der Flexirente	9
4.3.2	Hinzuverdienstberechnung bei Rente wegen Schwerbehinderung oder voller Erwerbsminderung	9
4.3.3	Versicherungspflicht in der DRV bei Rentenbezug vor Erreichen der Regelaltersgrenze	9
4.3.4	Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus	9
4.3.5	Ausgleich von Rentenabschlägen	10
5	Regelaltersgrenze für die Altersrente	10
6	Vorzeitige Altersrenten nach 35 oder 45 Jahren	11
6.1	Rente für besonders langjährig Versicherte	11
6.2	Die Rente für langjährig Versicherte	11
7	Die Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL)	12
7.1	Anspruch auf Betriebsrente	12
7.2	Eintritt des Versicherungsfalles	12
7.3	Die Wartezeit	13
7.4	Das Berechnungsmodell	13
7.5	Startgutschriften	15
7.6	Soziale Komponenten	15
7.7	Betriebsrente für Hinterbliebene	16
7.8	Entwicklungsmöglichkeit der Zusatzversorgung	16
7.9	Ehemalige Arbeitnehmer	16
7.10	Information durch die VBL	16
8	Die Krankenversicherung als Rentner	17
8.1	Krankenversicherung der Rentner als Pflichtversicherung	17
8.2	Krankenversicherungsbeiträge in der KVdR	17
8.3	Freiwillige Versicherung in der GKV als Rentner	17
8.4	Versicherung als Rentner in der PKV	17

1 Allgemeines zur Rentendiskussion

Die 2007 abgeschlossene Rentenreform hatte neben der Absenkung des Rentenniveaus auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters gebracht. Weitere wesentliche Änderungen im Rentenrecht erfolgten ab 2014: „Mütterrente“, abschlagsfreie Rente ab 63 für besonders langjährig Versicherte, Einführung der Flexirente, Ost-West-Angleichung und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

Nachfolgend wird besonders auf die Rente wegen Erwerbsminderung, die Altersrente wegen Schwerbehinderung und andere besondere Altersrenten eingegangen. Die Systematik beginnt mit einer Darstellung der jeweiligen Wartezeiten, die für den Anspruch auf eine Rente erfüllt sein müssen.

2 Erfüllung der Wartezeit

Unter Wartezeit (auch Mindestversicherungszeit) versteht man die Zeit, die Versicherte in bestimmtem Umfang in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sein müssen, um einen Anspruch auf eine Leistung aus der Rentenversicherung (hier Rente) zu haben. Je nach Rentenart sind unterschiedliche Wartezeiten zu erfüllen.

Geregelt sind die Wartezeiten in § 50 SGB VI.

SGB VI

§ 50 Wartezeiten

(1) Die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit von fünf Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf

1. Regelaltersrente,
2. Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und
3. Rente wegen Todes.

Die allgemeine Wartezeit gilt als erfüllt für einen Anspruch auf

1. Regelaltersrente, wenn der Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder eine Erziehungsrente bezogen hat,
2. Hinterbliebenenrente, wenn der erstorbene Versicherte bis zum Tod eine Rente bezogen hat.

(2) Die Erfüllung der Wartezeit von 20 Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung an Versicherte, die die allgemeine Wartezeit vor Eintritt der vollen Erwerbsminderung nicht erfüllt haben.

(3) Die Erfüllung der Wartezeit von 25 Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf

1. Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute und
2. Rente für Bergleute vom 50. Lebensjahr an.

(4) Die Erfüllung der Wartezeit von 35 Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf

1. Altersrente für langjährig Versicherte und
2. Altersrente für schwerbehinderte Menschen.

(5) Die Erfüllung der Wartezeit von 45 Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Altersrente für besonders langjährig Versicherte.

Die Wartezeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte beträgt in den für sie wichtigen Fällen:

- fünf Jahre für die Regelaltersrente, für die Rente wegen Erwerbsminderung und für Rentenzahlungen im Todesfall. Bei der Berechnung der Wartezeit werden berücksichtigt: Beitragszeiten, Ersatzzeiten und zusätzliche Wartezeitmonate (sog. Anwartschaftserhaltungszeiten)
- 35 Jahre bei der Altersrente für langjährig Versicherte und der Altersrente für schwerbehinderte Menschen. Bei der Berechnung der Wartezeit werden berücksichtigt: Beitragszeiten, Ersatzzeiten, Anrechnungszeiten, Berücksichtigungszeiten und zusätzliche Wartezeitmonate
- 45 Jahre bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte. Bei der Berechnung der Wartezeit werden berücksichtigt: Beitragszeiten, Ersatzzeiten und zusätzliche Wartezeitmonate.

3 Renten wegen Erwerbsminderungen

3.1 Gesetzliche Grundlagen aus dem SGB VI

SGB VI

§ 43 Rente wegen Erwerbsminderung

(1) Versicherte haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, wenn sie

1. teilweise erwerbsgemindert sind
2. in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und
3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Teilweise erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

(2) Versicherte haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie

1. voll erwerbsgemindert sind,
2. in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und
3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Voll erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Voll erwerbsgemindert sind auch

1. Versicherte nach § 1 Satz 1 Nr. 2, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können und
2. Versicherte, die bereits vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit voll erwerbsgemindert waren, in der Zeit einer nicht erfolgreichen Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

(3) Erwerbsgemindert ist nicht, wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig sein kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen.

(4) Der Zeitraum von fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung verlängert sich um folgende Zeiten, die nicht mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit belegt sind:

1. Anrechnungszeiten und Zeiten des Bezugs einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
2. Berücksichtigungszeiten,
3. Zeiten, die nur deshalb keine Anrechnungszeiten sind, weil durch sie eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit nicht unterbrochen ist, wenn in den letzten sechs Kalendermonaten vor Beginn dieser Zeiten wenigstens ein Pflichtbeitrag für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit oder eine Zeit nach Nummer 1 oder 2 liegt,
4. Zeiten einer schulischen Ausbildung nach Vollendung des 17. Lebensjahres bis zu sieben Jahren, gemindert um Anrechnungszeiten wegen schulischer Ausbildung.

(5) Eine Pflichtbeitragszeit von drei Jahren für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit ist nicht erforderlich, wenn die Erwerbsminderung aufgrund eines Tatbestandes eingetreten ist, durch den die allgemeine Wartezeit vorzeitig erfüllt ist.

(6) Versicherte, die bereits vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit voll erwerbsgemindert waren und seitdem ununterbrochen voll erwerbsgemindert sind, haben Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie die Wartezeit von 20 Jahren erfüllt haben.

§ 240 Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit

- (1) Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung haben bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze auch Versicherte, die
1. vor dem 2. Januar 1961 geboren und
 2. berufsunfähig sind.

Berufsunfähig sind Versicherte, deren Erwerbsfähigkeit wegen Krankheit oder Behinderung im Vergleich zur Erwerbsfähigkeit von körperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten auf weniger als sechs Stunden gesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsfähigkeit von Versicherten zu beurteilen ist, umfasst alle Tätigkeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihnen unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs ihrer Ausbildung sowie ihres bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen ihrer bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist stets eine Tätigkeit, für die die Versicherten durch Leistungen zur beruflichen Rehabilitation mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden sind. Berufsunfähig ist nicht, wer eine zumutbare Tätigkeit mindestens sechs Stunden täglich ausüben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen.

Im Gegensatz zur bisherigen Rente wegen Berufsunfähigkeit kommt es bei der abgestuften Rente wegen Erwerbsminderung auf einen erreichten beruflichen Status nicht an. Die Prüfung, ob eine zumutbare andere Tätigkeit (Verweistungstätigkeit) mit ähnlichen beruflichen Anforderungen verrichtet werden kann, entfällt, es sei denn die **Tarifbeschäftigten sind vor dem 2. Januar 1961 geboren. Für sie gilt eine besondere Vertrauensschutzregelung hinsichtlich der Berufsunfähigkeitsrente, die im Abschnitt „Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit“ beschrieben wird.**

3.2 Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung

Eine teilweise Erwerbsminderung liegt vor, wenn der Versicherte wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit mehr als 3, aber unter 6 Stunden täglich im Rahmen einer 5-Tage-Woche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbstätig sein kann. Bei einer Leistungsfähigkeit von zwischen 3 und 6 Stunden kann aus gesundheitlichen Gründen also nur noch eine Teilzeitarbeit ausgeübt werden. Die Rentenhöhe entspricht der Hälfte der Rente wegen voller Erwerbsminderung.

3.3 Rente wegen voller Erwerbsminderung

Eine volle Erwerbsminderung liegt vor, wenn die Versicherten wegen Krankheit oder Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nur noch weniger als 3 Stunden täglich arbeiten können.

3.4 Höhe der Erwerbsminderungsrenten

Die Rente wegen voller Erwerbsminderung wird aus allen bis zum Eintritt der vollen Erwerbsminderung zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten errechnet. Für den Zeitraum zwischen Beginn der Erwerbsminderung und der Vollendung des 67. Lebensjahrs wird zusätzlich noch eine Zurechnungszeit gewährt (§ 59 SGB IX). Die Grenze des 67. Lebensjahrs wird allerdings erst im Jahre 2031 erreicht. Bis zum 31.12.2017 gilt die frühere Begrenzung auf das 62. Lebensjahr. Im Jahr 2018 endet die Zurechnungszeit mit Vollendung des 65. Lebensjahres und drei Monaten, im Jahr 2019 mit Vollendung des 65. Lebensjahres und acht Monaten. Zwischen 2019 und 2031 greift die nachstehende Übergangsregelung:

SGB VI**§ 253 a Zurechnungszeit**

(...)

(3) Beginnt eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder eine Erziehungsrente nach dem 31. Dezember 2019 und vor dem 1. Januar 2031 oder sind bei einer Hinterbliebenenrente Versicherte nach dem 31. Dezember 2019 und vor dem 1. Januar 2031 verstorben, wird das Ende der Zurechnungszeit wie folgt angehoben:

Bei Beginn der Rente oder bei Tod des Versicherten im Jahr	Anhebung um Monate	auf Jahre	Alter Monate
2020	1	65	9
2021	2	65	10
2022	3	65	11
2023	4	66	0
2024	5	66	1
2025	6	66	2
2026	7	66	3
2027	8	66	4
2028	10	66	6
2029	12	66	8
2030	14	66	10

Bei Inanspruchnahme einer Rente wegen Erwerbsminderung vor der jeweiligen Altersgrenze werden **Rentenabschläge** vorgenommen. Für jeden Monat, für den die Rente wegen Erwerbsminderung vor dem Erreichen dieser Grenze beansprucht wird, beträgt der Rentenabschlag 0,3 %, d.h., **der Zugangsfaktor** von 1 (volle Erwerbsminderung) oder 0,5 (teilweise Erwerbsminderung) wird um 0,003 für jeden Monat verringert.

Die Altersgrenzen, bis zu denen die Rentenabschläge bei Erwerbsminderungsrenten berechnet werden, erhöhen sich von 2012 an schrittweise vom vollendeten 63. auf das vollendete 65. Lebensjahr. Allerdings kann der maximale Rentenabschlag weiterhin höchstens 10,8 % betragen. Die Altersgrenze von 65 Jahren für den abschlagsfreien Bezug einer Erwerbsminderungsrente und die Altersgrenze von 62 Jahren, ab der sich der maximale Abschlag von 10,8 % verringert, wird im Jahr 2024 erreicht. Die letzten Zwischenstufen sehen wie folgt aus:

SGB VI**§ 264d Zugangsfaktor**

Beginnt eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vor dem 1. Januar 2024 oder ist bei einer Rente wegen Todes der Versicherte vor dem 1. Januar 2024 verstorben, ist bei der Ermittlung des Zugangsfaktors anstelle der Vollendung des 65. Lebensjahres und des 62. Lebensjahres jeweils das in der nachfolgenden Tabelle aufgeführte Lebensalter maßgebend:

(...)

Bei Beginn der Rente oder bei Tod des Versicherten im Jahr	tritt an die Stelle des Lebensalters 65 Jahre		tritt an die Stelle des Lebensalters 62 Jahre	
	das Lebensalter		das Lebensalter	
	Jahre	Monate	Jahre	Monate
2020	64	4	61	4
2021	64	6	61	6
2022	64	8	61	8
2023	64	10	61	10

Die für die Erwerbsminderungsrenten geltenden Abschläge bleiben im Allgemeinen auch bei einer Folgerente bestehen und werden im Rentenbescheid durch den verminderten Zugangsfaktor sichtbar. Die Berechnung des Zugangsfaktors auch für Folgerenten (Altersrenten) ergibt sich aus § 77 SGB VI. Ein Auszug aus dem SGB VI zu § 77 ist im folgenden Text abgedruckt.

SGB VI**§ 77 Zugangsfaktor**

(1) Der Zugangsfaktor richtet sich nach dem Alter der Versicherten bei Rentenbeginn oder bei Tod und bestimmt, in welchem Umfang Entgeltpunkte bei der Ermittlung des Monatsbetrags der Rente als persönliche Entgeltpunkte zu berücksichtigen sind.

(2) Der Zugangsfaktor ist für Entgeltpunkte, die noch nicht Grundlage von persönlichen Entgeltpunkten einer Rente waren,

1. bei Renten wegen Alters, die mit Ablauf des Kalendermonats des Erreichens der Regelaltersgrenze, oder eines für den Versicherten maßgebenden niedrigeren Rentenalters beginnen, 1,0,
2. bei Renten wegen Alters, die
 - a. vorzeitig in Anspruch genommen werden, für jeden Kalendermonat um 0,003 niedriger als 1,0 und
 - b. nach Erreichen der Regelaltersgrenze trotz erfüllter Wartezeit nicht in Anspruch genommen werden, für jeden Kalendermonat um 0,005 höher als 1,0,
3. bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei Erziehungsrenten für jeden Kalendermonat, für den eine Rente vor Ablauf des Kalendermonats der Vollendung des 65. Lebensjahres in Anspruch genommen wird, um 0,003 niedriger als 1,0,
4. bei Hinterbliebenenrenten für jeden Kalendermonat, (...)

(3) ...

(4) Bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei Hinterbliebenenrenten, deren Berechnung 40 Jahre mit den in § 51 Abs. 3a und 4 und mit den in § 52 Abs. 2 genannten Zeiten zugrunde liegen, sind die Absätze 2 und 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres die Vollendung des 63. Lebensjahres und an die Stelle der Vollendung des 62. Lebensjahres die Vollendung des 60. Lebensjahres tritt.

3.5 Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit

Für vor dem 2. Januar 1961 geborene Versicherte gibt es als Vertrauensschutzregelung für die weggefallene Berufsunfähigkeitsrente eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit. Sie kommt in Betracht für Versicherte, die vor Eintritt der Erwerbsminderung die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt und eine versicherungspflichtige Tätigkeit mit zumindest längerer Anlernzeit ausgeübt haben. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Vertrauensschutzregelung ist, dass

- die Versicherten vor dem 2. Januar 1961 geboren wurden;
- der Beruf wegen Krankheit oder Behinderung im Vergleich zu einem ähnlich ausgebildeten Gesunden nur noch weniger als 6 Stunden täglich ausgeübt werden kann;
- eine zumutbare andere Tätigkeit (Verweisungstätigkeit) nicht im Umfang von 6 Std. täglich möglich ist.

Die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit ist halb so hoch wie eine volle Erwerbsminderungsrente.

3.6 Überblick Erwerbsminderungsrenten

Art	Volle Erwerbsminderungsrente	Teilweise Erwerbsminderung
Voraussetzung Definition	<ol style="list-style-type: none"> 1. voll erwerbsgemindert (< 3 Std. tägl.) 2. Erfüllung der allgemeinen Wartezeit (5 Jahre) vor Eintritt der EU und 3. in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der EU 3 Jahre Pflichtbeitragszeiten bzw. 3/5 Belegung. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. teilw. erwerbsgemindert (3 bis < 6 Std. tägl.) 2. Erfüllung der allgemeinen Wartezeit (5 Jahre) vor Eintritt der BU und 3. in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der EU 3 Jahre Pflichtbeitragszeiten bzw. 3/5 Belegung.
Antragsstellung	Antragstellung bei der DRV, Auskunfts- und Beratungsstellen der DRV, Versichertenältesten der DRV, gesetzlicher Krankenkasse oder zuständiger Gemeinde; der Antrag ist mit dem entsprechenden Formular einzureichen (formgebunden).	
Rentenhöhe	Persönliche Entgeltpunkte x aktuellem Rentenwert x Rentenfaktor Zugangsfaktor = 1,0	Persönliche Entgeltpunkte x aktuellem Rentenwert x Rentenfaktor Zugangsfaktor = 0,5 (liegt Arbeitslosigkeit vor – verschlossener Arbeitsmarkt - evtl. 1,0
Rentenabschlag	Verminderung des Zugangsfaktor 1 oder 0,5 um 0,003 pro Monat für jeden Monat, den diese Rentenart vor dem 63. Lebensjahr in Anspruch genommen wird (Achtung: schrittweise Anhebung auf 65). Zugangsfaktor kann sich maximal um 0,108 verringern (entspricht 10,8 % Abschlag). Die Verminderung des Zugangsfaktors bleibt i. d. R. für Folgerenten erhalten.	
Hinzuverdienst	Hinzuverdienst kann Einfluss auf die Rentenhöhe haben, Auskunft erteilt die DRV. Die Hinzuverdienstgrenze ist für jeden Rentenbezieher von der DRV individuell zu ermitteln.	

Bzgl. der Hinzuverdienstgrenzen bei einer Rente wegen Erwerbsminderung vgl. Abschnitt 4.3 zur Flexirente.

4 Altersrente für Schwerbehinderte

4.1 Gesetzliche Grundlagen

SGB VI

§ 37 Altersrente für Schwerbehinderte

Versicherte haben Anspruch auf Altersrente, wenn sie

1. das 65. Lebensjahr vollendet haben,
2. bei Beginn der Altersrente als schwerbehinderte Menschen (§ 2 Abs. 2 Neuntes Buch) anerkannt sind und
3. die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Die vorzeitige Inanspruchnahme einer solchen Altersrente nach Vollendung des 62. Lebensjahres ist möglich.

§ 236a Altersrente für Schwerbehinderte

(1) Versicherte, die vor dem 1.1.1964 geboren sind, haben frühestens Anspruch auf Altersrente für schwerbehinderte Menschen, wenn sie

1. das 63. Lebensjahr vollendet haben,
2. bei Beginn der Altersrente als schwerbehinderte Menschen (§ 2 Abs.2 SGB IX) anerkannt sind,
3. die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Die vorzeitige Inanspruchnahme ist frühestens nach Vollendung des 60. Lebensjahres möglich.

(2) Versicherte, die vor dem 1.1.1952 geboren sind, haben Anspruch auf diese Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres; für sie ist die vorzeitige Inanspruchnahme nach Vollendung des 60. Lebensjahres möglich. Für Versicherte, die nach dem 31.12.1951 geboren sind, werden die Altersgrenze von 63 Jahren und die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme wie folgt angehoben:

Versicherte, Geburtsjahr, Geburtsmonat	Anhebung um Monate	auf Alter		vorzeitige Inanspruchnahme möglich ab Alter	
		Jahr	Monat	Jahr	Monat
1952					
Januar	1	63	1	60	1
Februar	2	63	2	60	2
März	3	63	3	60	3
April	4	63	4	60	4
Mai	5	63	5	60	5
Juni-Dez.	6	63	6	60	6
1953	7	63	7	60	7
1954	8	63	8	60	8
1955	9	63	9	60	9
1956	10	63	10	60	10
1957	11	63	11	60	11
1958	12	64	0	61	0
1959	14	64	2	61	2
1960	16	64	4	61	4
1961	18	64	6	61	6
1962	20	64	8	61	8
1963	22	64	10	61	10

4.2 Altersrente für schwerbehinderte Menschen

Für diesen Personenkreis wird aktuell das Renteneintrittsalter in die Altersrente für schwerbehinderte Menschen in Monatsschritten vom 63. auf das 65. Lebensjahr angehoben (**siehe § 236a SGB VI**). Die Anhebung beginnt mit dem Geburtsjahrgang 1952. Die Geburtsjahrgänge ab 1964 können erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres abschlagsfrei die Altersrente wegen Schwerbehinderung in Anspruch nehmen. Eine vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente ab Vollendung des 60. Lebensjahres wird parallel hierzu auf das 62. Lebensjahr angehoben. Die Geburtsjahrgänge ab 1964 können erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres die Altersrente für schwerbehinderte Menschen unter Beachtung der Abschlagsregelung (maximal 10,8 %) in Anspruch nehmen.

4.3 Die Flexirente für schwerbehinderte Menschen

4.3.1 Grundlagen der Flexirente

Die letzte Stufe des Flexirentengesetzes ist am 1. Juli 2017 in Kraft getreten. Das Gesetz enthält im Wesentlichen:

- Teilrentenbezug vor Erreichen der Regelaltersgrenze mit freier Wahl der Teilrente zwischen 10 % und 99 % der Vollrente
- Änderung des Hinzuverdienstrechtes
- Einführung der Versicherungspflicht von Beziehern von Vollrenten vor Erreichen der Regelaltersgrenze
- Möglichkeit, bei Arbeit über die Regelaltersgrenze hinaus auf Versicherungsfreiheit zugunsten der Erhöhung des Rentenanspruchs zu verzichten
- Zusätzliche Zahlung von Versicherungsbeiträgen ab 50, um Rentenabschläge bei vorzeitigem Rentenbezug zu vermeiden

4.3.2 Hinzuverdienstberechnung bei Rente wegen Schwerbehinderung oder voller Erwerbsminderung

Bei jeder vorgezogenen Altersrente – und damit auch der wegen Schwerbehinderung – gilt seit dem 1.1.2023, dass neben der Rente unbegrenzt hinzuverdient werden darf, also bei einem zusätzlichen Einkommen keine Anrechnung auf die Rente erfolgt.

Eine Hinzuverdienstgrenze gibt es lediglich noch bei Erwerbsminderungsrenten, aber auch hier fand zum 1.1.2023 eine Anhebung statt. Diese Grenze liegt in 2023 für eine volle Erwerbsminderungsrente bei einem Jahresbrutto von 17.823,75 € und für eine Teilerwerbsminderungsrente bei mindestens 35.647,50 €. Die Beträge werden jährlich angepasst (dynamisiert). Bei der Teilerwerbsrente wird eine persönliche Höchstgrenze für den Hinzuverdienst berechnet, die über dem Mindestbetrag liegen kann.

Wichtig bleibt aber, dass in jedem Fall das im Rahmen der anerkannten Erwerbsminderung festgestellte Leistungsvermögen nicht überschritten werden darf – bei einer Erwerbsminderungsrente max. drei Stunden am Tag, bei einer Teilerwerbsminderung max. sechs Stunden am Tag.

4.3.3 Versicherungspflicht in der DRV bei Rentenbezug vor Erreichen der Regelaltersgrenze

Seit dem 01.01.2017 besteht vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze unabhängig davon, ob eine Altersrente als Voll- oder Teilrente bezogen wird, Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Altersvollrentner, die eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausüben (bis 520 € pro Monat), können sich von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen.

4.3.4 Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus

Wer nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze (s. Abschnitt 5) hinaus weiterarbeiten und seine Regelaltersrente erst später in Anspruch nehmen will, erhält einen Rentenzuschlag von 0,5 %. Wer seine

Regelaltersrente so um ein Jahr hinausschiebt bekommt also einen Zuschlag von 6 %. Zusätzlich erhöht sich die Rente noch durch die laufenden Beitragszahlungen zur Rentenversicherung.

Wer über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitet, kann neben seiner Regelaltersrente unbegrenzt hinzuverdienen. Das ist vor allem für die Lehrkräfte interessant die gem. § 44 Nr. 4 TV-L ausscheiden. Nach dieser Regelung endet das Arbeitsverhältnis, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit Ablauf des Schulhalbjahres (31. Januar bzw. 31. Juli), in dem die Lehrkraft das Alter für die abschlagsfreie Regelaltersrente vollendet hat. Wer über das im TV-L festgelegte Ende des Arbeitsverhältnisses arbeiten möchte, muss dies rechtzeitig mit der Bezirksregierung arbeitsvertraglich regeln.

4.3.5 Ausgleich von Rentenabschlägen

Arbeitnehmer, die vorzeitig eine Rente mit Versorgungsabschlägen in Anspruch nehmen wollen, können den Abschlag ganz oder teilweise ausgleichen, wenn sie Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung zahlen (Einmalzahlung oder Teilzahlungen). Wer nachträglich beschließt, doch nicht vorzeitig in Rente zu gehen, erhält für die Zusatzbeiträge eine entsprechend höhere Rente. Eine Erstattung der Zusatzbeiträge ist nicht möglich. Versicherte können bereits ab dem 50. Lebensjahr von der Rentenversicherung eine Auskunft anfordern, welcher Betrag zum Ausgleich von Rentenabschlägen erforderlich ist.

Beispiel:

Bei erwarteter Rentenhöhe von	Um ... Jahre vorgezogener Rentenbeginn	Beträgt der monatl. Rentenabschlag	So viel kostet es, den Abschlag zu vermeiden
1000 Euro	1 Jahr (3,6 %)	36,00 Euro	8.509 Euro
	2 Jahre (7,2 %)	72,00 Euro	17.678 Euro
	3 Jahre (10,8 %)	108,00 Euro	27.588 Euro
1200 Euro	1 Jahr (3,6 %)	43,20 Euro	10.210 Euro
	2 Jahre (7,2 %)	86,40 Euro	21.214 Euro
	3 Jahre (10,8 %)	129,60 Euro	33.106 Euro

Quelle: <https://www.deutsche-rentenversicherung.de>

5 Regelaltersgrenze für die Altersrente

Ab 01.01.1964 geborene Versicherte erreichen ihre Regelaltersgrenze gem. § 35 SGB VI mit Vollendung des 67. Lebensjahres. Für die früher Geborenen gibt es folgende Übergangsregelung:

Anhebung der Regelaltersgrenze gem. § 235 Absatz 2 SGB VI

(2) ... Für Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Regelaltersgrenze wie folgt angehoben:

Versicherte, Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8

1963	22	66	10	
------	----	----	----	--

6 Vorzeitige Altersrenten nach 35 oder 45 Jahren

6.1 Rente für besonders langjährig Versicherte

Ab 1. Juli 2014 konnten besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Ab Jahrgang 1953 steigt diese Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente wieder schrittweise an. Für alle 1964 oder später Geborenen liegt sie bei 65 Jahren. Die Übergangsregelung sieht im Einzelnen wie folgt aus:

Versicherte, Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1953	2	63	2
1954	4	63	4
1955	6	63	6
1956	8	63	8
1957	10	63	10
1958	12	64	0
1959	14	64	2
1960	16	64	4
1961	18	64	6
1962	20	64	8
1963	22	64	10

Schwerbehinderte tarifbeschäftigte Lehrkräfte mit zweitem Staatsexamen werden i. d. R. mit 63+ nicht die geforderten 45 Beitragsjahre erfüllen. Tarifbeschäftigte Werkstatt- oder Fachlehrkräfte kämen u. U. auf die geforderten Jahre. Sobald die Altersgrenze von 65 für den abschlagsfreien Rentenbezug erreicht ist, also ab dem Geburtsjahrgang 1963, gibt es keinerlei Vorteile gegenüber der Altersrente für Schwerbehinderte mehr.

Für die 45jährige Wartezeit gelten Pflichtbeitragszeiten einschließlich der Pflichtbeiträge aus Kindererziehung, nicht erwerbsmäßiger Pflege, Krankengeldbezug, Arbeitslosengeldbezug (mit Einschränkungen für die letzten 2 Jahre vor Rentenbeginn) sowie Wehr- und Zivildienst. Berücksichtigungszeiten können für die Erziehung eines Kindes bis zum 10. Lebensjahr und bestimmte Pflegezeiten angerechnet werden, ebenso Zeiten aus Minijobs.

Nicht berücksichtigt werden Pflichtbeiträge aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe sowie Zeiten aus einem Versorgungsausgleich oder einem Rentensplitting. Näheres findet sich z. B. in der Broschüre 115 der DRV (www.deutsche-rentenversicherung.de). Zur Inanspruchnahme als Teilrente und bzgl. der Hinzuverdienstgrenzen vgl. den Abschnitt 4.3 zur Flexirente.

6.2 Die Rente für langjährig Versicherte

Ab dem vollendeten 63. Lebensjahr gibt es die Möglichkeit eine Altersrente zu beantragen, wenn eine Wartezeit von 35 Jahren erfüllt wurde. Im Unterschied zu vielen anderen Altersgrenzen findet hier keine Anhebung statt, dafür fallen ggfs. höhere Abschläge an.

Für jeden Monat, den die Rente für langjährige Versicherte vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze in Anspruch genommen wird, ergibt sich ein Abschlag von 0,3 %. Beim frühesten Rentenbeginn mit 63 können bis zur Regelaltersgrenze von 65 Jahren max. 7,2 % Abschläge entstehen. Gemäß der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr (s. Abschnitt 5) erhöhen sich die maximalen Abschläge auf 14,4 %.

Diese Rentenart ist für schwerbehinderte Lehrkräfte nicht von Bedeutung, weil die Altersrente für Schwerbehinderte bei gleicher Wartezeitregelung eine deutlich günstigere Gestaltung der Abschläge aufweist. Wichtig kann die Rente für langjährig Versicherte allerdings für gleichgestellte Tarifbeschäftigte sein. Die 35-jährige Wartezeit wird von Lehrkräften i.d.R. erfüllt (zur Wartezeit s. Abschnitt 2). Zur Inanspruchnahme als Teilrente und bzgl. der Hinzuverdienstgrenzen vgl. den Abschnitt 4.3 zur Flexirente.

7 Die Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL)

Ziel der „Zusatzversicherungsanstalt des Bundes und der Länder“ (VBL) war es, Angestellten des Landes im Wege der privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Diese orientierte sich zunächst an der Versorgung der Beamten. Das hat sich mit dem Altersvorsorgeplan 2001 geändert.

Die Neuordnung der Zusatzversorgung vollzog sich in zwei Schritten. Zunächst wurde mit dem „Altersvorsorgeplan 2001“ vom 13. November 2001 der Grundstein für den Ersatz der früheren „Gesamtversorgung“ durch ein Betriebsrentenmodell gelegt. Danach haben die Tarifvertragsparteien am 1. März 2002 den Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung – ATV) abgeschlossen. Damit wurde der bisher geltende Versorgungstarifvertrag abgelöst und auch die Satzung der VBL wurde entsprechend angepasst.

Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte haben aufgrund des § 25 TVL einen Rechtsanspruch darauf, dass der Arbeitgeber sie bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe versichert. Einzelheiten bestimmt der Tarifvertrag über die tarifliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV).

Die VBL gewährt den bei ihr versicherten tarifbeschäftigten Lehrkräften als Pflichtversicherung eine:

- zusätzliche Altersversorgung,
- zusätzliche Erwerbsminderungsversorgung,
- zusätzliche Hinterbliebenenversorgung.

Darüber hinaus bietet die VBL eine:

- freiwillige Versicherung als sog. Riester-Rente im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung,
- freiwillige Versicherung mit der Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung.

7.1 Anspruch auf Betriebsrente

Ein Anspruch auf Betriebsrente (§§ 33-37 VBL-Satzung) entsteht, wenn bei dem Versicherten, der die Wartezeit erfüllt hat, der Versicherungsfall eingetreten ist. Werden Altersrenten vorzeitig in Anspruch genommen oder wegen Erwerbsminderung gezahlt, berechnet die VBL Rentenabschläge wie die Deutsche Rentenversicherung. Die Rentenabschläge, die die VBL gegebenenfalls abzieht, dürfen 10,8 % nicht übersteigen.

7.2 Eintritt des Versicherungsfalles

Der Bescheid des Rentenversicherungsträgers ist entscheidend für den Bezug der Betriebsrente. Der Versicherungsfall (§ 33 VBL-Satzung) tritt bei einem Versicherten, der in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert ist, am Ersten des Monats ein, von dem an aufgrund des Bescheides des Rentenversicherungsträgers (z. B. DRV) Anspruch auf eine Altersrente als Vollrente bzw. auf Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung besteht. Der Bezug einer Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Teilrente (§ 42 SGB VI) oder Flexirente löst keinen Versicherungsfall aus.

VBL-Satzung**§ 33 Versicherungsfall und Rentenbeginn**

Der Versicherungsfall tritt am Ersten des Monats ein, von dem an der Anspruch auf gesetzliche Rente wegen Alters als Vollrente bzw. wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung besteht. Der Anspruch ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuweisen. Den in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherten, bei denen der Versicherungsfall nach Satz 1 eingetreten ist und die die Wartezeit nach § 34 erfüllt haben, wird auf ihren schriftlichen Antrag von der VBL eine Betriebsrente gezahlt. Die Betriebsrente beginnt – vorbehaltlich des § 41 – mit dem Beginn der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

7.3 Die Wartezeit

Die Wartezeit (§ 34 VBL-Satzung) für einen Anspruch auf Betriebsrente beträgt 60 Kalendermonate. Für die Wartezeit wird jeder Kalendermonat berücksichtigt, für den bis zum Beginn der Betriebsrente mindestens für einen Tag Umlagen oder Beiträge zur Pflichtversicherung geleistet wurden, das gilt auch für Krankheitszeiten in denen Beiträge an die VBL abgeführt wurden. Die Wartezeit gilt auch schon vor Ablauf von 60 Monaten als erfüllt, wenn der Versicherungsfall durch einen Arbeitsunfall eingetreten ist, der im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis steht, aufgrund dessen der Arbeitnehmer pflichtversichert wurde. Der Arbeitsunfall ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) nachzuweisen.

VBL-Satzung**§ 34 Wartezeit**

(1) Betriebsrenten werden erst nach Erfüllung der Wartezeit von 60 Kalendermonaten gewahrt. Dabei wird jeder Kalendermonat berücksichtigt, für den bis zum Beginn der Betriebsrente (§ 33 Satz 4) mindestens für einen Tag Aufwendungen für die Pflichtversicherung nach § 63 Abs. 1 Buchst. a und c erbracht wurden. Bis zum 31. Dezember 2000 nach dem bisherigen Recht der Zusatzversorgung als Umlagemonate zu berücksichtigende Zeiten zahlen für die Erfüllung der Wartezeit. Für die Erfüllung der Wartezeit werden alle Versicherungsverhältnisse bei Zusatzversorgungseinrichtungen nach § 31 Abs. 2 berücksichtigt.

(2) Die Wartezeit gilt als erfüllt, wenn der Versicherungsfall durch einen Arbeitsunfall eingetreten ist, der im Zusammenhang mit dem die Pflicht zur Versicherung bei der VBL oder – wenn die gegenseitige Anerkennung der Versicherungszeiten beantragt wurde (§ 32 Abs. 1 Satz 3) – bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung nach § 31 Abs. 2 begründenden Beschäftigungsverhältnis steht oder wenn die/der Versicherte infolge eines solchen Arbeitsunfalls gestorben ist. Ob ein Arbeitsunfall vorgelegen hat, ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung nachzuweisen.

(3) ...

7.4 Das Berechnungsmodell

Nach dem Punktemodell (§ 36 VBL-Satzung) wird eine Leistung (betriebliche Rente) zugesagt, die sich ergeben würde, wenn eine Gesamtbeitragsleistung von 4 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitaldeckendes System eingezahlt würde. Aus dem Verhältnis des individuellen zusatzversorgungspflichtigen Jahresarbeitsentgeltes zu einem versicherungsmathematisch festgelegten Referenzentgelt und unter Berücksichtigung eines Altersfaktors werden die auf das Versicherungsjahr entfallenen Versorgungspunkte berechnet. Die Formel für die Ermittlung der Versorgungspunkte lautet:

Versorgungspunkte = 1/12 des Jahresarbeitsentgelts: Referenzentgelt (1000 Euro) x Altersfaktor

Das Referenzentgelt ist ein statischer Wert, der von den Tarifvertragsparteien mit 1000 € festgelegt wurde. Der Altersfaktor ist ebenfalls versicherungsmathematisch ermittelt.

Betriebsrente = Summe aller Versorgungspunkte x Messbetrag. Der Messbetrag ist ebenfalls von den Tarifvertragsparteien festgelegt und beträgt 4 € pro Versorgungspunkt.

VBL-Satzung

§ 36 Versorgungspunkte

- (1) Versorgungspunkte ergeben sich
- für das zusatzversorgungspflichtige Entgelt (§ 64 Abs. 4),
 - für soziale Komponenten (§ 37),
 - als Bonuspunkte (§ 68) und
 - für Altersvorsorgezulagen im Sinne des Abschnitts XI EStG, die für den Eigenanteil des Pflichtversicherten am Beitrag zum Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost/Beitrag gezahlt werden (§ 82a). Die Versorgungspunkte nach Satz 1 Buchst. a, b und d werden jeweils zum Ende des Kalenderjahres bzw. zum Zeitpunkt der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses festgestellt und dem Versorgungskonto gutgeschrieben; die Feststellung und Gutschrift der Bonuspunkte erfolgt zum Ende des folgenden Kalenderjahres. Versorgungspunkte werden jeweils auf zwei Nachkommastellen gerundet; ist die dritte Nachkommastelle eine 5 bis 9, wird dabei die zweite Nachkommastelle um 1 erhöht, sonst bleibt die zweite Nachkommastelle unverändert.
- (2) Die Anzahl der Versorgungspunkte für ein Kalenderjahr nach Absatz 1 Satz 1 Buchst. a ergibt sich aus dem Verhältnis eines Zwölftels des zusatzversorgungspflichtigen Jahresentgelts zum Referenzentgelt von 1.000 Euro, multipliziert mit dem Altersfaktor (Absatz 3); dies entspricht einer Beitragsleistung von 4 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Bei einer vor dem 1. Januar 2003 vereinbarten Altersteilzeit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes werden die Versorgungspunkte nach Satz 1 mit dem 1,8-fachen berücksichtigt, soweit sie nicht auf Entgelten beruhen, die in voller Höhe zustehen.
- (3) Der Altersfaktor beinhaltet eine jährliche Verzinsung von 3,25 Prozent während der Anwartschaftsphase und von 5,25 Prozent während des Rentenbezuges und richtet sich nach der folgenden Tabelle; dabei gilt als Alter die Differenz zwischen dem jeweiligen Kalenderjahr und dem Geburtsjahr:

Alter	Altersfaktor	Alter	Altersfaktor	Alter	Altersfaktor
17	3,1	33	1,9	49	1,2
18	3,0	34	1,8	50	1,1
19	2,9	35	1,7	51	1,1
20	2,8	36	1,7	52	1,1
21	2,7	37	1,6	53	1,0
22	2,6	38	1,6	54	1,0
23	2,5	39	1,6	55	1,0
24	2,4	40	1,5	56	1,0
25	2,4	41	1,5	57	0,9
26	2,3	42	1,4	58	0,9
27	2,2	43	1,4	59	0,9
28	2,2	44	1,3	60	0,9
29	2,1	45	1,3	61	0,9
30	2,0	46	1,3	62	0,8
31	2,0	47	1,2	63	0,8
32	1,9	48	1,2	64 u. älter	0,8

7.5 Startgutschriften

Bis zum 31.12.2001 erworbene Ansprüche im alten Gesamtversorgungssystem wurden in das ab 2002 geltende Versorgungspunktemodell umgerechnet und als sogenannte Startgutschrift für die betroffenen Tarifbeschäftigten festgesetzt. Bzgl. der damals „rentenfernen“ Jahrgänge (Beschäftigte, die am 1.1.2002 noch nicht das 55. Lebensjahr erreicht hatten) hatte der Bundesgerichtshof 2007 die Startgutschriften beanstandet. 2011 verständigten sich die Tarifparteien auf eine Neuregelung. Doch auch diese hatte vor dem Bundesgerichtshof keinen Bestand (Urteil vom 9. März 2016 – IV ZR 9/15).

Am 8. Juni 2017 beschlossen wiederum die Tarifparteien Eckpunkte für eine verfassungskonforme Neuregelung. Diese muss in eine entsprechende Änderung des Tarifvertrags Altersversorgung (ATV) sowie der VBL-Satzung umgesetzt werden. Die anschließende Überprüfung der alten Startgutschriften erfolgt automatisch, Anträge müssen nicht gestellt werden. Bisherige Startgutschriften werden nur dann verändert, wenn dies zu einer Verbesserung führt.

7.6 Soziale Komponenten

Für Erziehungszeiten, Schwangerschaft, Erwerbsminderung, Versicherung in einer anderen Zusatzversorgungskasse und langjährige Pflichtversicherte in der VBL sind in § 37 der VBL-Satzung zusätzliche Regelungen aufgenommen worden.

VBL-Satzung

§ 37 Soziale Komponenten

(1) Für jeden vollen Kalendermonat, in dem das Arbeitsverhältnis wegen einer Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ruht, werden für jedes Kind, für das ein Anspruch auf Elternzeit besteht, die Versorgungspunkte berücksichtigt, die sich bei einem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt von 500 Euro in diesem Monat ergeben wurden. Es werden je Kind höchstens 36 Kalendermonate berücksichtigt. Bestehen mehrere zusatzversorgungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Sinne des Satzes 1, bestimmt die/der Pflichtversicherte, für welches Arbeitsverhältnis die Versorgungspunkte nach Satz 1 berücksichtigt werden. Für die Zeit, in der das Arbeitsverhältnis wegen der Schutzfristen nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 MuSchG ruht, werden die Versorgungspunkte berücksichtigt, die sich ergeben wurden, wenn in dieser Zeit das fiktive Entgelt nach § 21 TVöD/§ 21 TV-L bzw. entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen gezahlt worden wäre. Diese Zeiten werden als Umlage-/Beitragsmonate für die Erfüllung der Wartezeiten berücksichtigt.

(2) Bei Eintritt des Versicherungsfalles wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung vor Vollendung des 60. Lebensjahres werden Pflichtversicherten für jeweils zwölf volle, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres fehlende Kalendermonate so viele Versorgungspunkte hinzugerechnet, wie dies dem Verhältnis von durchschnittlichem monatlichem zusatzversorgungspflichtigem Entgelt der letzten drei Kalenderjahre vor Eintritt des Versicherungsfalles zum Referenzentgelt entspricht; bei Berechnung des durchschnittlichen Entgelts werden Monate ohne zusatzversorgungspflichtiges Entgelt nicht berücksichtigt. Ist in diesem Zeitraum kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt angefallen, ist für die Berechnung nach Satz 1 das Entgelt zugrunde zu legen, das sich als durchschnittliches monatliches zusatzversorgungspflichtiges Entgelt im Kalenderjahr vor dem Rentenbeginn ergeben hätte. Hat die/der Versicherte die gegenseitige Anerkennung von Versicherungszeiten beantragt (§ 32 Abs. 1 Satz 3), werden zur Ermittlung der Versorgungspunkte nach Satz 1 für das durchschnittliche monatliche zusatzversorgungspflichtige Entgelt der letzten drei Kalenderjahre vor Eintritt des Versicherungsfalles das in diesem Zeitraum gemeldete zusatzversorgungspflichtige Entgelt bei der VBL und bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung (§ 31 Abs. 2) zusammengerechnet. Satz 3 gilt nicht, wenn zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles auch bei der anderen Zusatzversorgungseinrichtung eine Versicherungspflicht bestand.

(3) Bei Beschäftigten, die am 1. Januar 2002 bereits 20 Jahre pflichtversichert sind, werden für jedes volle Kalenderjahr der Pflichtversicherung bis zum 31. Dezember 2001 mindestens 1,84 Versorgungspunkte berücksichtigt. Bei Beschäftigten, deren Gesamtbeschäftigungsquotient am 31. Dezember 2001 kleiner als 1,0 ist, gilt Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Faktor 1,84 mit dem am 31. Dezember 2001 maßgebenden Gesamtbeschäftigungsquotienten multipliziert wird.

7.7 Betriebsrente für Hinterbliebene

Betriebsrente kann auch für hinterbliebene Ehepartner und Kinder gezahlt werden. Näheres regelt § 38 der VBL-Satzung.

VBL-Satzung

§ 38 Betriebsrente für Hinterbliebene

(1) Stirbt eine/ein Versicherte/r, die/der die Wartezeit (§ 34) erfüllt hat, oder eine/ein Betriebsrentenberechtigte/r, hat die hinterbliebene Ehegattin/der hinterbliebene Ehegatte Anspruch auf eine kleine oder große Betriebsrente für Witwen/Witwer, wenn und solange ein Anspruch auf Witwen-/Witwerrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht oder bestehen wurde, sofern kein Rentensplitting unter Ehegatten durchgeführt worden wäre. Art (kleine/große Betriebsrenten für Witwen/Witwer), Höhe (der nach Ablauf des Sterbevierteljahrs maßgebende Rentenartfaktor nach § 67 Nr. 5 und 6 und § 255 Abs. 1 SGB VI) und Dauer des Anspruchs richten sich – soweit nachstehend keine abweichenden Regelungen getroffen sind – nach den entsprechenden Bestimmungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Bemessungsgrundlage der Betriebsrenten für Hinterbliebene ist jeweils die Betriebsrente, die die/der Verstorbene bezogen hat oder hatte beanspruchen können, wenn sie/er im Zeitpunkt ihres/seines Todes wegen voller Erwerbsminderung ausgeschieden wäre. Die Kinder der/des Verstorbenen haben entsprechend den Sätzen 1 bis 3 Anspruch auf Betriebsrente für Voll- oder Halbwaisen; Kinder sind die leiblichen und angenommenen Kinder sowie die Pflegekinder im Sinne des § 32 Abs. 1 Nr. 2 EStG, soweit sie nach § 32 Abs. 3, 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 5 EStG berücksichtigungsfähig sind. Der Anspruch ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuweisen.

(2) Anspruch auf Betriebsrente für Witwen/Witwer besteht nicht, wenn die Ehe mit der/dem Verstorbenen weniger als zwölf Monate gedauert hat, es sei denn, dass nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe/dem Witwer eine Betriebsrente zu verschaffen. ...

7.8 Entwicklungsmöglichkeit der Zusatzversorgung

Wie sich die Zusatzversorgung entwickelt, kann man aus den jährlichen Mitteilungen der VBL entnehmen oder selbst mit Hilfe des Betriebsrentenrechners auf der Internetseite der VBL ermitteln. Zu beachten ist, dass die ermittelte Betriebsrente der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungspflicht sowie der Lohn-/Einkommenssteuer unterliegt.

7.9 Ehemalige Arbeitnehmer

Haben Lehrkräfte zunächst als Tarifbeschäftigte gearbeitet, aber keine 60 Monate Pflichtbeiträge geleistet, weil sie z. B. verbeamtet worden sind, und damit die Wartezeit nicht erfüllen, haben sie keinen Anspruch auf eine Zusatzversorgungsrente. Sie können im Rahmen der Beitragserstattung (§ 44 VBL-Satzung) bis zur Vollendung des 69. Lebensjahr nach der Pensionierung die Erstattung der von ihnen geleisteten Beiträge beantragen.

7.10 Information durch die VBL

Die VBL informiert über die Einzelheiten der betrieblichen Altersversorgung auf ihrer Web-Site. In ihrem Kundenportal einem Zugang in „Meine VBL“ auf dieser Web-Site kann man den Rentenanspruch online stellen oder z. B. seine VBL-Rente berechnen lassen. Sobald man sich für „Meine VBL“ registriert hat, kann man sich jederzeit auf der Internetseite www.vbl.de/meinevbl mit den Zugangsdaten anmelden und auf den Online-Service zugreifen.

Die VBL bietet sowohl in den eigenen Räumlichkeiten als auch in den Räumen der BBBank, der Bank für den öffentlichen Dienst, persönliche Beratungsgespräche an. So erhalten die Versicherten und Rentner

der VBL auch außerhalb des Stammsitzes in Karlsruhe eine persönliche Beratung rund um ihre Altersversorgung.

Die Standorte der VBL-vor-Ort-Beratung findet man auf der Internetseite www.vblvorort.de. Hier lässt sich rund um die Uhr ein Wunschtermin für eine Beratung vor Ort vereinbaren. Die weiteren Erreichbarkeiten der VBL enthält die Internetseite www.vbl.de/de/service/fragen_antworten/kontakt/.

8 Die Krankenversicherung als Rentner

8.1 Krankenversicherung der Rentner als Pflichtversicherung

Die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) ist eine Pflichtversicherung. Sie tritt ein, sobald eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt wird und bestimmte Versicherungszeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung erfüllt sind. Wer berufstätig war, muss in der zweiten Hälfte der Erwerbszeit mindestens zu 90 Prozent gesetzlich versichert gewesen sein – egal ob als Pflichtmitglied oder freiwilliges Mitglied. Außerdem werden für jedes Kind pauschal 3 Jahre auf die Vorversicherungszeit angerechnet. Anrechenbar sind auch Zeiten der Familienversicherung und einer Versicherung in der ehemaligen DDR. Zeiten des Verbleibs in einer gesetzlichen Krankenversicherung im Ausland sind anrechenbar bei den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und bei Staaten, mit denen ein Sozialversicherungsabkommen besteht. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, kann sich unter Umständen freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern. Ansonsten bleibt nur die private Krankenversicherung.

8.2 Krankenversicherungsbeiträge in der KVdR

Als Beitragssatz für die Beiträge **aus der Rente** ist der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz zu Grunde zu legen. Der auf die Rente entfallende Beitrag wird jeweils zur Hälfte vom krankenversicherungspflichtigen Rentner und vom Rentenversicherungsträger übernommen.

8.3 Freiwillige Versicherung in der GKV als Rentner

Rentner und Rentenantragsteller, die die Vorversicherungszeiten für die KVdR nicht erfüllen, zuletzt aber der GKV angehörten, können unter bestimmten Voraussetzungen als Rentner freiwillig in der GKV versichert werden. Dieses Beitrittsrecht ist fristgebunden. Endet z. B. bei einem Rentner oder Rentenantragsteller die krankenversicherungspflichtige Tätigkeit und erfüllt er nicht die Voraussetzungen für die KVdR, muss er **innerhalb von drei Monaten nach Ende der Versicherungspflicht den Beitritt anzeigen**.

Für alle beitragspflichtigen Einkünfte wird der volle Beitragssatz gerechnet. Allerdings besteht auf Antrag ein Anspruch auf Beitragszuschuss. Der monatliche Beitragszuschuss wird allerdings nur in der Höhe geleistet, den der Träger der Rentenversicherung als Krankenversicherungsbeitrag für Rentenbezieher zu tragen hat, die in der KVdR pflichtversichert sind.

Bei freiwillig Versicherten werden zusätzlich Zinsen, Mieten und sonstige beitragspflichtige Einnahmen berücksichtigt. Genauer ist in den Verfahrensgrundsätzen des GKV-Spitzenverbandes geregelt.

Wichtig: Freiwillige Mitglieder und privat Versicherte zahlen die kompletten Beiträge und erhalten nur auf Antrag vom Rentenversicherungsträger einen Zuschuss zur Krankenversicherung.

8.4 Versicherung als Rentner in der PKV

Wer nicht mehr die Möglichkeit hat, in die GKV zurückzukehren oder in der PKV auch als Rentner bleiben möchte, muss mit Eintritt in das Rentnerleben ggfs. seinen Vertrag mit der PKV entsprechend ändern.

Einige privatversicherte Tarifbeschäftigte haben aufgrund für sie noch bestehender Beihilfeansprüche in der PKV nur die Restquote versichert. Mit Rentenbeginn entfällt der Beihilfeanspruch und in der PKV tritt nun an die Stelle der Quotenversicherung eine Vollversicherung. Das kann teuer werden.

Auch der in der PKV versicherte Rentner hat einen Anspruch auf Beitragszuschuss durch den Rentenversicherungsträger, allerdings nur bis zur Höhe des Anteils der analogen Leistung für einen Pflichtversicherten (s. Abschnitt 8.3).